



Kai Gehring

Mitglied des Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen

Sprecher für Jugend-
und Hochschulpolitik

Kai Gehring MdB · Deutscher Bundestag · 11011 Berlin

Landschaftsverband Rheinland
Herrn Udo Molsberger

50663 Köln

Eing 29. Mai 2006
- LD -

31. Mai 2006
LR 4

Besucheradresse:
Unter den Linden 50
10117 Berlin

☎ 030 227 - 74501
☎ 030 227 - 76642
✉ Kai.Gehring@bundestag.de
www.kai-gehring.de

Berlin, 22. Mai 2006

Auswirkungen der Föderalismusreform auf die Kinder- und Jugendhilfe

Sehr geehrter Herr Molsberger,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 21. April 2006 mit dem beigelegten Beschluss, in dem Sie Ihre Bedenken über die von der Bundesregierung geplante Föderalismusreform äußern.

Ich begrüße die Intention der Föderalismusreform, die bundesstaatliche Ordnung zu modernisieren und handlungsfähiger zu machen. Gleichzeitig teile ich jedoch die Befürchtung von Ihnen und zahlreichen weiteren Fachverbänden, wonach die Länder aufgrund ihrer neuen Abweichungsrechte bewährte Strukturen der Jugendhilfe – wie z. B. die Jugendämter und Jugendhilfeausschüsse – abschaffen könnten.

Dass diese Erwartungen nicht völlig aus der Luft gegriffen sind, belegt die wiederholte Einbringung eines Zuständigkeitslockerungsgesetzes (aktuell am 2. Februar 2006 durch das Land Hessen) im Bundesrat. Damit soll es den Ländern u. a. ermöglicht werden, von Zuständigkeitsfestlegungen im KJHG abzuweichen. Insbesondere soll es beispielsweise möglich werden, oberste Landesjugendbehörden abzuschaffen. Der Gesetzentwurf geht damit in die gleiche Richtung wie die geplante Änderung des Artikels 84 GG im Zuge der Föderalismusreform.

Die genannten Befürchtungen müssen – ebenso wie die mit der Reform verbundenen Hoffnungen – in einem transparenten Verfahren ausführlich erörtert werden. Eine eigenständige Anhörung des Fachausschusses mit mehr Zeit und Experten wäre dazu wünschenswert. Da dies von der Großen Koalition in allen von der Föderalismusreform betroffenen Themengebieten abgelehnt wurde, muss diese Erörterung nun im Rahmen der bereits begonnenen Gesamtanhörung stattfinden. Hier gilt es umso mehr, die Einwände der Fachleute ausführlich zu hören und zu diskutieren.

Ich nehme die Bedenken der Fachverbände sehr ernst und habe sie bereits ausführlich in die grüne Bundestagsfraktion hineingetragen. Die Grünen werde sie in ihrer politischen Arbeit und in der Anhörung am 2. Juni berücksichtigen und einbringen. Zudem unterstütze ich den Beschluss der Kinderkommission des Deutschen Bundestages. Ziel muss in jedem Fall eine Regelung sein, die sowohl den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen Rechnung trägt, als auch den Anforderungen an eine moderne, handlungsfähige bundesstaatliche Ordnung gerecht wird.

Mit freundlichen Grüßen